

Aus dem Einwohnerrat Riehen

Bericht vom 29. Januar 2025



Gespannte Erwartung vor der ersten Einwohnerratssitzung im neuen Jahr: Es blieb nämlich eine grosse Pendenz aus dem Vorjahr zurück: die Verabschiedung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2025 - 2028, und damit auch des Budgets für das angefangene Jahr! Dass es eine lange Sitzung werden würde, war allen klar.

Bekanntlich sah das Budget für 2025 einen nicht mehr unproblematischen Ausgabenüberschuss (knapp 19 Millionen) vor. Bedeutende Mehrkosten für die Gemeinde entstanden einerseits durch steigende Schülerzahlen, aber gemäss Aussagen des Gemeinderates auch durch die fortgesetzte Erweiterung von Angeboten für Familien, z.B. beim weiteren Ausbau der schulischen Tagesstrukturangebote, durch die Änderung der Finanzierung der Tagesbetreuungsangebote (Kita) infolge kantonaler Entscheidungen und durch den Ausbau der Tagesferienangebote.

Der Gemeinderat schlug im Sinne von Sofortmassnahmen eine Ausgabenreduktion von rund 4 Millionen Franken vor (wirksam für 2025 gut 1 Mio.) und legte diese Zahlen den Kommissionen rechtzeitig vor. Es waren politische Gründe, dass die grosse Mehrheit des Einwohnerrates – entgegen den Stimmen der EVP – eine Genehmigung des AFP in der Dezembersitzung ablehnte.

Diese Rückweisung war nicht nur mit einem verwaltungstechnischen Mehraufwand verbunden, sondern sie hatte vor allem auch Auswirkungen auf die Menschen, die unsere Partei vertritt, die Rieher Bevölkerung. Die Verunsicherung einiger Eltern, was jetzt die Schule darf und was nicht, frustrierte Lehrpersonen und enttäuschte Kinder wegen nicht stattfindender Ausflüge. Das mediale Echo liess den Einwohnerrat nicht gut dastehen.

Die EVP-Fraktion erachtete die meisten der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Einsparungen als sinnvoll. Die SP hingegen lehnte zahlreiche Sparvorschläge ab, und seitens der SVP kam es zu vereinzelt weitergehenden Sparvorschlägen. Das führte natürlich zu Debatten im Rat.

Den einmaligen Verzicht auf den Teuerungsausgleich bei den Angestellten konnten wir als Sparmassnahme nachvollziehen. Wir hätten jedoch eine sozial abgefederte Kürzung vorgezogen, bei der z.B. die tieferen Lohnklassen den Ausgleich zumindest teilweise erhalten hätten. 2026 soll der Teuerungsausgleich unserer Ansicht nach unbedingt wieder gewährt werden.

Sehr unglücklich waren wir über den Sparvorschlag des Gemeinderates die Entwicklungszusammenarbeit betreffend. Hier soll der Beitrag von 1% der Einkommensteuereinnahmen für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im In- und Ausland um jährlich CHF 350'000 gekürzt werden, und nur noch 0.58% ausmachen. Das erachten wir für unsolidarisch, und selbst bei angespannterer Finanzlage unverhältnismässig. Schliesslich sind wir von einer Not sehr weit entfernt.

Wir stellten daher den Änderungsantrag, den Beitrag bei 1% zu belassen.

Im weiteren führten wir in unserem Fraktionsvotum aus, dass es durchaus noch Sparpotential gebe: Riehen ist frei in der Tarifgestaltung des Tagesstrukturangebots wie auch der Tagesferien. Wir müssen nicht dieselben Ansätze festlegen wie die Stadt. Die EVP-Fraktion erwartet hier vom Gemeinderat, dass er seine Autonomie wahrnimmt und Tarife festsetzt, die unser Budget nicht zusätzlich belasten.

Zudem verstehen wir nicht, weshalb auf notabene bereits budgetierte Mehreinnahmen verzichtet werden soll. Und zwar geht es um Folgendes: Im AFP wurde im Bereich «Mobilität und Energie» ein Finanzertrag von CHF 425'000 aufgeführt, CHF 280'000 mehr als im Vorjahresbudget.

In den Erläuterungen erfuhren wir, dass dieser Mehrertrag aufgrund der geplanten Erhöhung der Gebühren der Parkraumbewirtschaftung budgetiert worden sei. Eine entsprechende Vorlage an den Einwohnerrat sollte folgen. Auf Nachfrage beim zuständigen Gemeinderat wurde uns jedoch mitgeteilt, dass auf diese Gebührenerhöhung verzichtet werden soll.

Das ist für uns unverständlich. Wir fordern nicht städtische Gebühren, aber an dieser budgetierten, massvollen Erhöhung kann sich niemand ernsthaft stören. Riehen hat schweizweit mit Abstand die niedrigsten Parkgebühren. Eine Erhöhung wäre also nachvollziehbar und vernünftig. Die Anwohnerparkkarte kostet derzeit lächerliche 8 Franken pro Jahr, neu wären es etwa 40 Franken gewesen. Damit wären wir noch weit entfernt von den Basler Gebühren von jährlich zwischen 312 und 492 Franken! Die EVP-Fraktion erwartet deshalb vom Gemeinderat, dass die Vorlage für diese budgetierte Gebührenerhöhung an den Einwohnerrat erfolgt.

Doch zurück zur Einwohnerratsdebatte. Die eingebrachten Anträge um Budgeterhöhungen oder -kürzungen wurden alle abgelehnt und damit den Vorgaben des Gemeinderates gefolgt. Das Budget 2025 schliesst einen Ausgabenüberschuss von knapp 18 Millionen Franken vor. Bitter für uns: die bürgerlichen Parteien stimmten (bei einer Enthaltung) geschlossen für die Kürzung der jährlichen Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit. Damit war unser Antrag vom Tisch. Und ja, die Sitzung endete sehr spät – immerhin noch knapp am gleichen Kalendertag.

Bleibt die Frage: Wie geht es weiter mit den Riehener Finanzen? Jährliche Defizite in der Grössenordnung von 20 Millionen sind mittelfristig nicht verkraftbar. Über eine Steuererhöhung zu diskutieren, darf deshalb kein Tabu sein!

Walter Meili, Einwohnerrat
31. Januar 2025